



Der Vorsitzende des  
Ausschusses für Schule und Kultur  
der Stadtverordnetenversammlung  
Amt der Stadtverordnetenversammlung  
E-mail: [stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de](mailto:stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de)  
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden  
Telefon (0611) 31-3397  
Telefax (0611) 31-3902  
Sachbearbeiterin: Elke Kessel

Wiesbaden, 18.01.2012

1. Den Mitgliedern des  
Ausschusses für Schule und Kultur
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich  
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

#### Terminhinweis:

Zu Tagesordnung I TOP 3 „Einrichtung eines Akteneinsichtenausschusses zur Klärung der Vorgänge in Bezug auf die nicht fristgerechte Bearbeitung der Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes“ besteht für die Mitglieder des Ausschusses für Schule und Kultur ab 16:30 Uhr im Rathaus, Raum 22 (EG), die Möglichkeit zur Akteneinsichtnahme.

## Einladung

zur öffentlichen Sitzung  
des Ausschusses für Schule und Kultur  
am Donnerstag, 26. Januar 2012, um 17:00 Uhr,  
Rathaus, Raum 22 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

## Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschriften der Sitzungen 03.11. und 01.12.2011
2. Vorstellung der KulturRegion FrankfurtRheinMain gGmbH durch die Geschäftsführerin Sabine von Bebenburg

## Bereich Schule:

### **3. 12-F-33-0006**

Regionales Bildungsbüro

-Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 11.01.2012-

Zunehmend ist die Landeshauptstadt Wiesbaden als Schulträger gefordert, bildungspolitische Prozesse anzustoßen oder zu begleiten, die Wiesbadener Schullandschaft inhaltlich mitzugestalten und dabei als Koordinierungsinstanz zwischen Schulen, Staatlicher Schulverwaltung und außerschulischen Einrichtungen zu fungieren. Auf diese Weise kann sich unsere Stadt als innovative Bildungsregion präsentieren, wie z. B. in der Inklusiven Bildung erfolgt. Längst hat sich das Aufgabenspektrum des Schulträgers von den klassischen Verwaltungsaufgaben der äußeren Schulangelegenheiten weiterentwickelt zu konzeptionellen Themen, die den Bereich der inneren Schulangelegenheiten tangieren. Gleichzeitig wurde jedoch die Verwaltungsorganisation dieser Weiterentwicklung nicht angepasst. Es ist deshalb zukunftsweisend, jetzt die notwendigen Bedingungen zu schaffen, damit der Schulträger die an ihn gestellten Anforderungen vollumfänglich erfüllen kann. Diese Aufgaben könnten von einem regionalen Bildungsbüro wahrgenommen werden.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

in einem Konzept darzustellen

- welche bestehenden Aufgaben ein regionales Bildungsbüro wahrnehmen kann,
- mit welchen Partnerinnen und Partnern das Bildungsbüro zusammenarbeitet,
- welche Projekte es in der kommunalen Bildungsarbeit initiieren und ausführen sollte,
- wie die Organisation des Bildungsbüros gestaltet werden könnte.

Das Bildungsbüro soll dem Verantwortungsbereich des Schuldezernates zugeordnet sein. Aufgabe soll u. a. die Organisation und Koordinierung der Kooperation von Schulamt, Kinder- und Jugendhilfe sowie außerschulischen Bildungspartnern und Trägern sein.

### **4. 12-F-08-0006**

Besuch gymnasialer Bildungsgänge von Schülerinnen und Schülern aus den Stadtteilen Mainz-Amöneburg, Mainz-Kastel und Mainz-Kostheim - Geplante Vereinbarung zwischen Wiesbaden und Mainz

-Antrag der Stadtverordnetenfraktion LINKE&PIRATEN vom 18.01.2012-

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat möge berichten,

-welche Maßnahmen er zu welchen Zeitpunkten ergreifen will, um den gymnasialen Bildungsgang an der Wilhelm-Leuschner-Schule (Integrierte Gesamtschule in Mainz-Kostheim) zu stärken.

-ob mittlerweile Verhandlungen mit der Stadt Mainz aufgenommen wurden, um eine Vereinbarung hinsichtlich des Besuchs von Gymnasien in Mainz durch Schülerinnen und

Schülern aus den so genannten AKK-Stadtteilen zu erzielen, und wenn ja, mit welchem Ergebnis.

**5. 12-F-08-0007**

Sachstandsbericht Räume für die Brückenschule  
-Antrag der Stadtverordnetenfraktion LINKE&PIRATEN vom 18.01.2012-

Die Raumnot der Brückenschule (Förderschule für Kranke, Schulträger Landeshauptstadt Wiesbaden) ist seit Jahren medienöffentlich bekannt. Im Sommer 2008 gründete sich eine Stiftung mit dem Ziel eines Neubaus für die Schule. Nach eigenen Angaben hat die Stiftung bislang ca. 167.000 Euro an Spenden gesammelt. Die städtischen Planungen sehen einen Umzug der Brückenschule in Räumlichkeiten auf dem Gelände der Adalbert-Stifter-Schule vor.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat möge einen Sachstandsbericht mit Zeitplan hinsichtlich der Behebung der Raumnot der Brückenschule geben.

Der Sachstandsbericht möge auch schriftlich gegeben werden.

**6. 11-V-40-0047**

**DL 01/12-4**

Contracting Johannes-Maaß-Schule;  
Vorfinanzierung aus dem Grundstücksfonds

**7. 11-F-03-0105**

**ANLAGE**

Einrichtung eines Akteneinsichtnahmeausschusses zur Klärung der Vorgänge in Bezug auf die nicht fristgerechte Bearbeitung der Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes  
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 09.11.2011

Hier: Ergebnis der Akteneinsicht

Bereich Kultur:

**8. 11-V-41-0044**

**DL 37/11-9**

Unterbringung der Zentral- und der Musikbibliothek und des Medienzentrums in der Mauritiusgalerie

**9. Verschiedenes (Bereiche Schule und Kultur)**

## Tagesordnung II

1. **11-V-40-0046** **DL 37/11-7**  
Unterbringung der Doppeljahrgänge G8 - G9 an den Gymnasien - hier Gutenbergschule und Gymnasium am Mosbacher Berg - Ausführungsvorlage
  
2. **11-V-20-0069** **DL 37/11-2**  
Investitionscontrolling 3. Quartal 2011
  
3. **11-V-41-0041** **DL 37/11-8**  
Beitritt der Landeshauptstadt Wiesbaden zum Kulturfonds Rhein-Main
  
4. **11-V-41-0042** **DL 01/12-5 und 02/12-2**  
Vorabfreigabe 2012 Bereich Kultur 2. Quartal 2012
  
5. **11-V-41-0045** **DL 01/12-6**  
Abschluss der Internationalen Maifestspiele 2011
  
6. **11-V-41-0046** **DL 01/12-7**  
Programm und Finanzierung Internationale Maifestspiele 2012

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

**Nehrbaß**  
**Vorsitzender**